

Rede

Kiel, 29.02.2008

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## Kampfmittelablagerungen in der Ostsee

Die Versenkung von Kampfmitteln in der Ostsee nach dem Ende des 2. Weltkrieges ist ein Problem, das uns Generationen später immer wieder einholt. Seinerzeit wurde verantwortungslos und billig entschieden, das Problem einfach im Meer zu entsorgen. Nach dem Motto: aus den Augen aus dem Sinn. Leider verfügen wir nicht über genaue Mengenangaben, so dass wir uns hierbei nur auf Schätzungen berufen können – diese belaufen sich auf 300 Tsd. Tonnen chemischer Kampfstoffmunition und mehreren 100.Tsd. Tonnen konventioneller Munition. Die beiden größten Versenkungsgebiete für chemische Kampfstoffe sind das Skagerrak und das Bornholmer Becken. In den deutschen Küstengewässern wurde größtenteils konventionelle Munition versenkt. Wir haben es hierbei also mit einem massiven Problem zu tun, das gelöst werden muss.

Seinerzeit wurde die günstigste Lösung für die Entsorgung gewählt und Auswirkungen auf die Umwelt spielten zu dem Zeitpunkt keine Rolle. Die Billiglösung von einst holt uns nun Jahrzehnte später wieder ein. Es hat immer wieder Zwischenfälle mit Munitionsfunden gegeben - vor allem in der Fischerei. Dies hat dazu geführt, dass es seit Mitte der 80'er Jahre in Deutschland und in anderen europäischen Ländern eine politische Diskussion über die Gefahr für Mensch und Umwelt durch Kampfmittel gibt. Untersuchungen und Bestandsaufnahmen aus den 90'er Jahren kamen zu dem Ergebnis, dass nicht auszuschließen ist, dass die Munitionsablagerungen



langfristig gefährliche Einflüsse - insbesondere auf die Meeresumwelt haben können. Wie gesagt, diese Erkenntnisse liegen uns bereits seit langem vor.

Die jetzige Diskussion ist aufgekommen durch die Munitionssprengungen zur Beseitigung von Rüstungsaltslasten, die eine Gefahr für die Meeresfauna darstellen - insbesondere ist hier das Problem für Schweinswale in Nord- und Ostsee zu nennen. Schwerwiegende Verletzungen und Hörschäden bei den Meeressäugtieren resultieren aus den Sprengungen. Immer wieder wird von Umweltverbänden gefordert, die bisherige Vorgehensweise zu ändern und neue umweltschonendere Methoden bei der Kampfmittelbeseitigung zu nutzen.

Aber auch das Vorkommen von Kampfmittelresten in der Lübecker Bucht hat die Diskussion aufs Neue angefacht. Umweltverbände, Tourismuswirtschaft und Fischerei haben auf die Gefahren hingewiesen, wenn eine der Flaschen am Strand Leck schlagen sollte. Ein solches Szenario ist kaum vorstellbar. Die genannten Vorkommen von Giftgas, die nur wenige Kilometer vom Strand entfernt sein sollen und die in keiner Karte verzeichnet sind, stellen somit eine echte Gefahr dar. Untermuert wurde dies durch einen Bericht des Fischereiamtes von 1970 und später durch ein Schreiben aus dem Bundeskanzleramt. Demnach sollen sich vor Travemünde zahlreiche Giftflaschen mit gefährlichen Gasen befinden. Jahre später wurden die Informationen über Giftgas in der Lübecker Bucht als Falschmeldung annulliert.

Mittlerweile hat eine Überprüfung des Innenministeriums ergeben, dass an der vermuteten Verklappungsstelle keine Giftflaschen gefunden wurden. Da sich die Landesregierung anscheinend nicht sicher ist über die genaue geografische Lage, kann dies aus unserer Sicht nur bedeuten, dass die Untersuchungen weiter voran gebracht und ausgedehnt werden müssen. Wir brauchen Klarheit, wenn es um derartig lebensgefährliche Stoffe geht.

Wenn der Landesregierung Informationen über Flaschen mit Giftgas oder Chemikalien vorliegen, dann muss sie entsprechende Maßnahmen ergreifen, um mögliche Gefahren abzuwenden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Behörden hier mit Informationen hinterm Berg halten und Maßnahmen verschleppen.

